



HESSISCHER LANDTAG

12. 08. 2019

SIA

Berichtsantrag

Christiane Böhm (DIE LINKE) und Fraktion

Medizinalcannabis

Mit dem am 10. März 2017 in Kraft getretenen „Gesetz zur Änderung betäubungsmittelrechtlicher und anderer Vorschriften“ wurde Cannabis als Medizinprodukt weitgehend legalisiert und reglementiert. Von Medizinalcannabis-Patientinnen und -Patienten wird derweil immer wieder die mangelnde Verfügbarkeit oder schlechte Qualität des bisher ausschließlich importierten Medizinalcannabis kritisiert.

Die Landesregierung wird ersucht, im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA) über folgenden Gegenstand zu berichten.

1. Wie viele Personen in Hessen verfügten vor dem Inkrafttreten des eingangs genannten Gesetzes über eine Ausnahmeerlaubnis nach § 3 Abs. 2 BtMG bezüglich der medizinischen Anwendung von Cannabisprodukten?
Wie vielen dieser Personen war der Eigenanbau von Cannabis gestattet?
2. Welche Position vertritt die Landesregierung zur Abgabe von Medizinalcannabis?
3. Welche Formen von Medizinalcannabis sind derzeit zu welchen Bedingungen in Deutschland erhältlich?
4. Welche Voraussetzungen müssen Patientinnen und Patienten erfüllen, um eine Behandlung mit Medizinalcannabis zu erhalten?
5. Wie viele Personen in Hessen werden aktuell mit Medizinalcannabis gegen welche Krankheitsbilder behandelt?
6. In wie vielen Fällen erfolgt dabei eine Kostenerstattung für Medizinalcannabis durch die gesetzlichen Krankenkassen?
Wie viele Kostenanträge wurden in Hessen gestellt und wie viele wurden genehmigt?
7. Woher stammt das in Hessen abgegebene Medizinalcannabis?
8. In verschiedenen Medien, von Fachstellen und Patientinnen und Patienten wird fortgesetzt darauf hingewiesen, dass die importierten Mengen an Medizinalcannabis nicht genügen, um den vorhandenen Bedarf zu decken. Auch die geplanten Anbaumengen in Deutschland seien nicht annähernd ausreichend. Wie stellt sich aus Sicht der Landesregierung die Versorgungslage der hessischen Patientinnen und Patienten mit Anspruch auf Medizinalcannabis dar?
9. Wie steht die Landesregierung zur Möglichkeit des Eigenanbaus von Cannabis für Patientinnen und Patienten mit Anspruch auf Medizinalcannabis?
10. Wie steht die Landesregierung zu einem möglichen hessischen Modellprojekt zum Eigenanbau von Cannabis von Patientinnen und Patienten, welches sich am Beispiel der niederländischen Stadt Tilburg (Eigenanbau von maximal fünf Cannabispflanzen unter Überwachung durch kommunale Stellen) orientiert?
11. Welche Position vertritt die Landesregierung zu einem Modellprojekt der Stadt München, welches einen städtischen Anbau von Medizinalcannabis aufgrund von Lieferengpässen vorsieht?
Würde die Landesregierung einen solchen Vorstoß einer hessischen Kommune unterstützen?

12. Sind der Landesregierung Beschwerden über die Qualität von Medizinalcannabis bekannt?
13. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Probleme von hessischen Patientinnen und Patienten, die Medizinalcannabis konsumieren, die sich aus dem sonst weiterhin illegalisierten Konsum von Cannabis-Produkten ergeben (bspw. Besitz von (Medizinal-) Cannabis, drohender Entzug der Fahrerlaubnis etc.)?
14. Sind nach Kenntnis der Landesregierung hessische Apotheken Mitglied des Verbands der Cannabis versorgenden Apotheken (VCA), der im Januar 2019 gegründet wurde?
Wenn ja, welche?
15. Haben sich nach Kenntnis der Landesregierung pharmazeutische Betriebe aus Hessen auf die Ausschreibungen der Cannabisagentur des Bundes zur Produktion von Medizinalcannabis beworben?
16. Wie steht die Landesregierung zu einer Erweiterung des potenziellen Produzentenkreises von Medizinalcannabis auf landwirtschaftliche Betriebe?
17. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über das Interesse von hessischen Pharmazieunternehmen oder Landwirtschaftsbetrieben, zukünftig Medizinalcannabis anzubauen?
18. Würde die Landesregierung in Hessen ansässige Unternehmen unterstützen, die einen Umstieg auf die Produktion von Medizinalcannabis planen?
Wenn nein, warum nicht?
Wenn ja, in welcher Form?
19. Sieht die Landesregierung in der Produktion von Medizinalcannabis einen potenziellen Wachstumsmarkt?
20. Gibt es für den im schwarzgrünen Koalitionsvertrag angesprochenen Modellversuch zur Cannabisabgabe bereits Interessensbekundungen von hessischen Städten und Gemeinden?
21. Wenn das nicht der Fall ist, welche Vorgehensweise plant die hessische Landesregierung zur Gewinnung von Städten, die bereit sind, einen Modellversuch anzugehen?
22. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, auch Kommunen, die eher ländlich geprägt sind, bei einem Modellversuch zu unterstützen?
23. Welche Position vertritt die Landesregierung zu einer generellen Legalisierung von Cannabis?

Wiesbaden, 12. August 2019

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Hermann Schaus

Christiane Böhm